

# Erdwälle helfen nicht gegen B-14-Lärm

Gemeinderat fordert nun Tempo 80 für Bundesstraßenabschnitt zwischen Leutenbach und Nellmersbach

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED  
NADINE ZÜHR

Leutenbach.

Erdwälle schützen nicht vor Krach von der neuen B 14. Das hat das Regierungspräsidium errechnet. Anspruch auf vom Bund bezahlten Lärmschutz haben die Anwohner nicht, die Belastung liegt unter den zulässigen Grenzwerten. Nun will die Gemeinde nach Möglichkeiten zur Dämpfung suchen und ist schon fündig geworden: Der Gemeinderat fordert, das Tempo auf der B 14 auf 80 Stundenkilometer zu senken.

Im Gemeinderat haben rund 50 Besucher die Diskussion um den Lärmschutz verfolgt. „Wir im Gemeinderat haben Verständnis für Sie als Anwohner“, gab Bürgermeister Jürgen Kiesl zu. „Sie letztendlich sind es, die den Preis bezahlen für die Allgemeinheit“, spielte er auf den Krach an, den die neue Bundesstraße mit sich bringt.

Viel Hoffnung auf Besserung konnte der Bürgermeister allerdings nicht machen. Denn eine lärmdämpfende Wirkung durch Erdwälle, gebaut aus Material vom Weiterbau der B 14, hat sich in der Prüfung als kaum wahrnehmbar erwiesen. Das Regierungspräsidium hatte berechnet, wie sich Erdhügel insbesondere an den Bahndurchlässen bei Leutenbach und Nellmersbach auswirken könnten.

## Verbesserungen nur im nicht hörbaren Bereich

Das Ergebnis bezeichnete Kiesl als „kalte Dusche“. Selbst bei einem über elf Meter hohen Wall wäre der Lärm für ein Haus im Heiler 5 am Tag nur um 2,1 Dezibel niedriger als bisher. Der Krach liegt hier, wie auch sonst in der Gemeinde, unter den Grenzwerten. Ein noch sieben Meter hoher Erdhügel würde für die Kornblumenstraße 4 nur 0,5 Dezibel ausmachen. Der Mensch hört Geräusche erst ab drei Dezibel.

Aufgrund des hohen Flächenverbrauchs und des Landschaftsbilds empfahl die Verwaltung, die Idee der Wälle aufzugeben und sich auf eine Geschwindigkeitsreduzierung zu konzentrieren, „um zumindest etwas zu erreichen“, so der Bürgermeister.

## „Grenzwerte sind nicht so ausgelegt, dass man nichts hört“

„Das Ergebnis ist nicht so, wie wir es uns erhofft haben“, gab auch Christine Baur-Fusion vom Regierungspräsidium zu. Die Behörde hätte gegen Erdwälle auch deshalb nichts gehabt, weil sie eine preiswerte Variante gewesen wären, die beim Weiterbau der B14 anfallende Erde zu entsorgen. Auch, wenn die Grenzwerte nicht erreicht werden, belastet die Straße, gab Baur-Fusion zu. „Die Grenzwerte sind nicht so ausgelegt, dass man nichts hört.“

Auf vom Bund bezahlte Lärmschutzmaß-



An den Tunnelportalen macht sich der Verkehrslärm besonders störend bemerkbar.

Archivbild: Pavlović

nahmen haben die Anwohner aber keinen Anspruch. „Wir haben keinen finanziellen Spielraum bei eingehaltenen Lärmschutzwerten“, so Baur-Fusion. Zweifel an ihren Ergebnissen wies sie zurück. Geländequerschnitt, Steigungen, Tunneleffekte, Wetter und Höchstbelastungen seien berücksichtigt. Neue Messungen will das Regierungspräsidium nicht veranlassen. „Wir können nicht mehr Ingenieurmittel ausgeben, wenn die Grenzwerte eingehalten sind.“

## Herbert Krehl: „Ganz Leutenbach ist vom Lärm belästigt“

„Die Stimmung in Leutenbach ist bewölkt“, sagte Gemeinderat Erwin Schmidt. „Es nutzt nichts, wenn Einzelne in der Raumschaft Vorteile haben und andere in der Raumschaft leiden.“ Auch SPD-Rat Herbert Krehl war enttäuscht. „Ganz Leutenbach ist vom Lärm belästigt“, sagte er unter dem Applaus der Zuhörer. Die Eigenwasserversorgung sei beim B-14-Bau versiegt, das Naherholungsgebiet am Rotbach zerstört worden, die Verkehrsbelastung sei nicht optimal, solange die B 14 nicht fertig ausgebaut sei. Ob Flüsterasphalt helfen könnte? Christine Baur-Fusion glaubte nicht, dass die Strecke welchen bekommt.

„Wir haben nur eine Variante untersucht“, sagte Freie-Wähler-Rat Dr. Wolfgang Hilt und forderte, weitere Maßnahmen zu prüfen. „Interessant ist primär, was rauskommt, nicht primär, was es kostet.“

Auch Herbert Krehl empfahl, notfalls auf Kosten der Gemeinde weitere Empfehlungen von Fachbüros einzuholen. „Im Sinne

unserer Bürger ist das gut angelegte Geld.“

## Tempo 80 findet sofort Anklang

Krehl schlug vor, die von der Verwaltung vorgeschlagene Temporeduzierung von 100 teilweise auf 80 Stundenkilometer herunterzusetzen, die Freien Wähler forderten die 80 Stundenkilometer als „Gesamtlösung“ zwischen der Winnender Tunneleinfahrt bis Nellmersbach, und Andrea Messerschmidt formulierte gleich den Beschlussantrag dazu. Der Gemeinderat

schloss sich mehrheitlich an, zum Jubel des Publikums. „Wir müssen fordern und erst dann diskutieren“, so Erwin Schmidt. „Fordern können wir alles, es ist nur nicht sehr realistisch“, gab Kiesl zurück.

Für eine Forderung, das Tempo auf 100 Stundenkilometer zu senken, habe der Winnender Oberbürgermeister Holzwarth Unterstützung signalisiert, weisen doch auch Winnender darauf hin, dass der Lärm nach der Tunnelausfahrt an der Steigung besonders hoch ist, da die Fahrer hier beschleunigen. Ob sein Amtskollege auch die Forderung von 80 Stundenkilometern unterstützt, wird Kiesl nun erfragen.

## Experten sollen Varianten untersuchen

■ Die Gemeinde richtet ihre Forderung, das Tempo zwischen Leutenbach und Nellmersbach nun auf **80 Stundenkilometer** zu begrenzen, an das Landratsamt.

■ Bürgermeister Kiesl sagte auch zu, dass die Verwaltung Angebote von **Fachbüros** für weitere Untersuchungen und Empfehlungen zur Lärmreduzierung einholt.

■ Diese sollen in der Gemeinderatssitzung am **Donnerstag, 29. Juli**, vorgestellt werden.

■ Anwohner beklagen, dass der Krach durch die neue B 14 so laut sei, dass er teilweise den Schlaf trotz Rolläden und geschlossener Fenster verhinere. Bei entsprechenden Wetterverhältnissen sei je-

des einzelne Auto, das aus dem Tunnel komme, zu hören. Der Krach von der Bundesstraße reiche über die unmittelbare Nachbarschaft hinaus in Leutenbach bis zum Gebiet der Sporthalle und in Nellmersbach bis hin zum neuen Wohngebiet Zeisigweg (wir haben berichtet).

■ Eine Leutenbacher Initiative **„Pro Lärmschutz B 14“** hat sich bereits beim Regierungspräsidium beschwert und Unterschriften gesammelt. Die Behörde verwies darauf, dass Straße und Lärmschutz für 36 000 Fahrzeuge pro Tag ausgelegt sind. Bei Zählungen war das Regierungspräsidium vor rund einem halben Jahr auf 20 000 Fahrzeuge gekommen.